

# Pressemitteilung



## Schaufensterpolitik hilft keinem Landwirt

**Zur Demonstration der Landwirtinnen und Landwirte am 18.11.2021**

**Teltow, den 19.11.2021.** Über 250 Landwirtinnen und Landwirte setzten sich heute bei widrigen Wetterbedingungen vor dem Brandenburger Landtag für ihre Zukunft ein und appellierten an die Politik, ihnen endlich bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese sehen sie durch weitreichende Auflagen, zurückgehende Unterstützungszahlungen und massive Bürokratie bedroht. Ohne leistungsfähige Landwirtschaft wird es jedoch keine regionale Versorgung geben, so das Credo der zahlreichen Redner. Insbesondere die Tierhaltung leidet unter den Lasten und ungenügenden Erlösen, so dass viele Betriebe in den vergangenen Jahren ihre Haltungen aufgaben. Besonders dramatisch ist die Situation in den ASP-Gebieten, wo der Absatz der Tiere massiv erschwert oder teilweise unmöglich ist, nicht zuletzt weil Schlachtmöglichkeiten im Land Brandenburg nicht vorhanden sind. Dies beschrieb eindrucksvoll Landwirt Karsten Ilse, ehemaliger Schweinehalter aus Märkisch Oderland, der seinen Betrieb ASP bedingt aufgeben musste.

Ein weiteres Thema war die ungenügende Anerkennung der Leistungen der Landwirte für die gesamte Gesellschaft. Es müsse möglich sein, mit Umweltleistungen Überschüsse zu erwirtschaften, genau dies sei aber angesichts der Ausrichtung der Brandenburger Agrar- und Umweltpolitik nicht möglich, wurde von LBV-Präsident Wendorff scharf kritisiert moniert. Klargestellt wurde auch, das die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete (AGZ) für Brandenburg unverzichtbar ist und auch nach 2025 unverzichtbar bleiben wird.

Die Zusage von Minister Vogel, die Ausgleichszulage bis 2025 zu gewähren sei zwar ein erster Schritt, reiche aber nicht aus, da die Benachteiligungen in Brandenburg (schlechte Böden, geringe Niederschläge und somit niedrigere Erträge) weiterbestehen werden. Wer Hand an die Ausgleichszulage legt gefährdet Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und die Stabilität im ländlichen Raum, so der Tenor. Dies dürfe eine Landesregierung nicht zulassen.

---

Für nähere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Holger Brantsch, Pressesprecher i.V. des LBV; Tel 0 33 28 - 319 204 oder 0151 – 1221 8693